

Matthias Möhring-Hesse

. . . die, die von den Brosamen der Wohlstandsgesellschaft leben.

Die gesellschaftliche Spaltung der Bundesrepublik

Der arme Lazarus lebt vor unseren Türen

Im Lukas-Evangelium finden die Armen der biblischen Zeit ihre Erfahrungen in einem Bilde: Vor den Türen eines Reichen liegt der arme Lazarus; obgleich hungrig und krank erhält er nicht einmal die Reste, die vom Gelage des Reichen abfallen (Lk. 16, 19-31). Für die Bundesrepublik scheint dieses Bild ohne Bedeutung: Ein dicht gewobenes „soziales Netz“ fängt die Menschen in allen Not- und Risikolagen auf und sichert ihnen einen ausreichenden Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand. Allenfalls nach außen, also im Verhältnis zu den armen Gesellschaften auf der südlichen Erdhälfte, macht das Gleichnis einen Sinn. Innerhalb der Bundesrepublik aber - so das allgemeine Vertrauen in den Sozialstaat - kommt die im Bild vom armen Lazarus ausgedrückte Armut und Ausgrenzung nicht vor. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird von staatlicher Seite zwar alles Wichtige und vieles Unwichtige in Statistiken erfaßt und berechnet, die Armut in der Bundesrepublik jedoch nicht. Bis heute gibt es jedenfalls keine offizielle und kontinuierliche Armutsberichterstattung.

Dennoch leben ohne amtliche Anerkennung Arme in der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft, oder besser innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik. Seriösen Untersuchungen zufolge ist überdies die Anzahl der Armen in den letzten beiden Jahrzehnten auf 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen. Wird die Armutsgrenze nicht bei der Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, sondern etwas darüber, nämlich bei 60 Prozent dieses Durchschnittseinkommens gelegt, liegt die Armutsrate sogar bei 12 Prozent. Ein großer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung lebt also in Armut. Davon betroffen sind insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien sowie Personen ohne Schul- oder Berufsabschluß und Arbeiter, vor allem aber Ausländerinnen. Auch wenig sensible Menschen können deren Armut wahrnehmen: als Passanten in den Einkaufsmeilen der Großstädte, in denen Obdachlose und jugendliche Cliques ihren „Lebensmittelpunkt“ suchen; als Bürgerinnen von Kommunen, die wegen steigender Sozialausgaben ihren anderen kommunalen Aufgaben nur noch schwer nachkommen können; oder als kirchliche Gemeinden, die wieder häufiger „in letzter Not“ um Hilfe angegangen werden. Um im Gleichnis des Lukas-Evangeliums zu sprechen: Der arme Lazarus lebt vor unseren Türen, vor den Türen der bundesdeutschen Wohlstandsbevölkerung.

Auseinanderklaffende Einkommens- und Vermögensunterschiede

Im Vergleich des jeweils pro Kopf der Bevölkerung erwirtschafteten Bruttonettoprodukts nimmt die bundesdeutsche Gesellschaft weltweit eine führende Stellung, selbst

unter den großen Industriegesellschaften, ein. Die Bundesrepublik gehört ohne Zweifel zu den reichsten Gesellschaften auf dieser Erde, erwirtschaftet und beansprucht einen überproportional großen Anteil am weltweit verfügbaren „Reichtum der Nationen“. Auf die bundesdeutsche Bevölkerung wird dieser Anteil jedoch ungleichmäßig aufgeteilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte konnte sich Ende der 90er Jahre einen Anteil von 57 Prozent des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens sichern; dagegen mußte sich das untere Drittel mit einem Anteil von 16 Prozent abfinden und erhielt damit nur die Hälfte dessen, was ihm proportional eigentlich zustände. Noch drastischer sind die Unterschiede bei der Vermögensverteilung: Während das oberste Zehntel der Vermögensbesitzer über 50 Prozent des Vermögens verfügt, besitzt die untere Hälfte nur über weniger als 2,5 Prozent. Größere Sorgen sollte jedoch bereiten, daß einem relevanten Bevölkerungsanteil jeglicher Anteil an dem in der Bundesrepublik verfügbaren Reichtum vorenthalten wird. Ohne ausreichendes Einkommen leben sie in Armut und damit in einer Situation, die für die Bevölkerungsmehrheit - trotz der auseinanderklaffenden Einkommens- und Vermögensunterschiede - gänzlich unbekannt und letztlich unverständlich ist.

Folge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit

Die in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch angestiegene Armut ist vor allem eine Folge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit, die die Bundesrepublik seit Ende der siebziger Jahre prägt. Diese Arbeitslosigkeit ist durch verschiedene strukturelle Faktoren verursacht, vor allem durch den technisch bedingten Anstieg der Produktivität und durch die zunehmende Integration der bundesdeutschen Volkswirtschaft in die globalen Märkte. In der Folge hat sich die Beschäftigung vom konjunkturellen Verlauf der bundesdeutschen Wirtschaft abgelöst. Statt daß Beschäftigungsdefizite durch den wirtschaftlichen Aufschwung behoben wurden, hat sich der Sockel an Arbeitslosigkeit nach jedem Konjunkturreinbruch vergrößert und die Situation einer massenhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit verfestigt. In der Folge hat sich für viele der davon Betroffenen ihre Arbeitslosigkeit als individuelles Dauerschicksal verfestigt. Als Langzeitarbeitslose werden sie aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt und erhalten immer weniger eine Chance, von „geregelter Arbeit“ und einem „geregelteten Einkommen“ zu leben.

Weil es in der jungen Bundesrepublik - in der Situation des dauerhaften Wachstums und der Vollbeschäftigung - sozialpolitisch darum ging, die Beschäftigten und ihre Familien vor sozialen Risiken (vor allem Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter) abzusichern und dabei ihren erworbenen Lebensstandard zu sichern, wurde der bundesdeutsche Sozialstaat auf die Erwerbsarbeit hin ausgerichtet. So werden die Rechte auf alle attraktiven Sozialleistungen durch die Erwerbsarbeit erworben, und die Höhe dieser Sozialeinkommen bestimmt sich durch den vorausgehenden Arbeitserwerb. Lediglich für atypische Lebensbiographien wurde mit der Sozialhilfe ein untergründiges Auffang- und Hilfeinstrument geschaffen, um Menschen „in besonderen Lebenslagen“ zu unterstützen bzw. in Fällen außergewöhnlicher Not „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zu gewähren. An der Struktur des bundesdeutschen Sozialstaates hat sich über die Jahrzehnte nichts geändert; verändert haben sich aber die sozialpolitischen Ausgangsvoraussetzungen. So verfehlen - vor allem in Folge ihrer dauerhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit - immer mehr Menschen die Zugangs- und Leistungsvoraussetzungen der sozialen Sicherungssysteme, fallen also durch das komfortable

zum thema

„sozialen Netz“ hindurch - und in die Sozialhilfe hinein. Derart verlängert der bundesdeutsche Sozialstaat die Ausgrenzungen auf dem Arbeitsmarkt wie auch die unterschiedlichen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt (vor allem prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedrigeinkommen) in randständige Lebenslagen, in Unterversorgung und Armut also.

Hilfe zum Lebensunterhalt verringert Entwicklungschancen

Die Zahl der Menschen, die von den Sozialämtern ihrer Kommune „Hilfe zum Lebensunterhalt“ erhalten, hat sich seit den siebziger Jahren verdreifacht und liegt gegenwärtig bei etwa drei Millionen. Sozialhilfebezug ist zwar noch kein hinreichendes Anzeichen für Armut, aber ein wichtiger Hinweis - vor allen Dingen, wenn für die Betroffenen die kommunale Sozialfürsorge zum Normaleinkommen wurde. Denn die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ räumt auf keinen Fall Lebenschancen ein, die auch nur annähernd mit denen vergleichbar wären, die für die Bevölkerungsmehrheit mit mindestens durchschnittlichen Monateinkommen selbstverständlich sind. Armut hat viele Gesichter und im Einzelnen auch verschiedene Ursachen; in einem gleichen sich die Lebenslagen der Armen aber: Im Vergleich zu den Selbstverständlichkeiten der Bevölkerungsmehrheit sind sie unterversorgt. Unterversorgung äußert sich primär in minderen Einkommen, die wiederum nicht nur die materielle Situation der Betroffenen (vor allem Wohnung, Nahrung und Bekleidung) beeinträchtigen, sondern darüber hinaus auch ihre persönlichen Entwicklungs- und sozialen Partizipationschancen drastisch beschneiden. Die Beeinträchtigung der materiellen Lebenssituation wird in der Wohnungsarmut besonders deutlich, daß also zunehmend mehr Menschen aus dem freien Wohnungsmarkt herausgedrängt werden, viele von ihnen sogar ohne jedes Obdach bleiben. Bei Kindern und Jugendlichen werden dagegen die Entwicklungs- und Partizipationschancen besonders nachhaltig verringert, die - weil unter Bedingungen der Unterversorgung aufwachsend - ohne Qualifikationen bleiben, die für die Gleichaltrigen „aus gutem Hause“ selbstverständlich sind.

Verdrängung aus der Wohlstandsgesellschaft

Die von Armut betroffenen Menschen müssen ihre Unterversorgung individuell meistern: das tägliche Essen und die tagtägliche „Frei“zeit, für die Nacht ein „Dach über dem Kopf“ und für den Winter warme Kleidung, manchmal gar Ratenzahlungen für Konsumartikel, die schon längst gepfändet wurden. Doch so sehr sich die Betroffenen auch bemühen: In dem Maße, wie ihre Armut andauert, verschwinden sie aus den sozialen Räumen und Zusammenhängen, die für die Bevölkerungsmehrheit normal sind und deshalb auch die bundesdeutsche Wohlstandsgesellschaft bestimmen. An dem normalen Leben können sie nicht mehr teilnehmen, nicht nur weil ihnen Geld für Fahr- und Eintrittskarten, für das Bier beim Kegelabend und für „Spiegel“ oder „Kicker“ fehlt. Oftmals ertragen sie auch den Kontakt zur Wohlstandsgesellschaft nicht mehr, führt ihnen doch der Wohlstand der anderen eine Welt vor Augen, der sie nicht mehr angehören, die sie - resigniert oder frustriert - auch nicht mehr erreichen wollen.

Fehlende gesellschaftliche Aufmerksamkeit

Andererseits verweigert die Bevölkerungsmehrheit den Armen auch ihre Aufmerksamkeit: Mit dem aufregenden, gleichwohl aber auch ungemein riskanten Leben im Wohl-

stand vollauf beschäftigt, erscheint ihnen ihr eigener Wohlstand als leistungsbezogenes Ergebnis. Unterstützt durch das neoliberale Loblied auf die persönliche Freiheit unterstellen sie häufig im Kehrschluß, daß diejenigen, die aus der geordneten und guten Gesellschaft herausfallen, das nicht ohne eigene Schuld tun. Was immer an dieser Schuldzuschreibung im Einzelfall auch „wahr“ sein mag, mit dieser Haltung streiten sie jede soziale Verantwortung für die aus der Wohlstandsgesellschaft ausgeschlossenen Bevölkerungsteile ab. Doch auch wo diese Solidarität über die Grenzen des Wohlstandes noch nicht verweigert wird, scheint sie den meisten durch die Sozialfürsorge ihrer Kommunen bereits hinreichend gedeckt zu sein. Bestätigen doch nicht zuletzt viele der dafür verantwortlichen Politiker, daß es Sozialhilfeempfängern recht gut, wenn nicht gar zu gut geht. Wenn sich die Bevölkerungsmehrheit manchmal erinnert, daß es in der Bundesrepublik Arme gibt, wird sie nur selten davon wissen, wo diese Armen und unter welchen Bedingungen und mit welchen Interessen sie leben.

Auflösung der sozialen Einheit

In dem Maße, wie die beiden gleichgerichteten Prozesse, also die Absonderung der Armen und ihre Ausgrenzung aus der Wohlstandsgesellschaft, verhärten, wird die soziale Einheit der bundesdeutschen Gesellschaft aufgelöst. Die von Armut dauerhaft Betroffenen kommen in der „normalen“ Gesellschaft nicht vor, ihre Erfahrungen bleiben unverstanden und ihre Interessen ungeteilt. Die Gesellschaft verschließt ihnen die von der Bevölkerungsmehrheit bewohnten Wohlstandszonen und drängt sie in möglichst entfernte Armutsbereiche ab. Auf diesem Weg gesellschaftlicher Spaltung beginnt die Bundesrepublik weit „voranzuschreiten“: Zunehmend spalten sich Wohlstand und Armut in unterschiedliche und untereinander kaum noch korrespondierende soziale Zusammenhänge auf, wobei das gesellschaftliche Selbstverständnis fast ausschließlich durch den Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit bestimmt wird. „Mental“ bleibt die Bundesrepublik also unvollständig, versteht sich selbst unter Absehung von denjenigen Menschen, die am gesellschaftlichen Wohlstand nicht teilhaben.

Rückschlag für die Wohlstandsgesellschaft

Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung „schlägt“ jedoch auf die Wohlstandsgesellschaft zurück, trifft sie nämlich in ihrem demokratischen Selbstverständnis. Wenn Armutszonen von der „normalen“ Gesellschaft abgespalten und Bevölkerungsteile dauerhaft ausgegrenzt werden, nehmen nämlich einerseits die Konfliktthemen zu, wobei die sozialen Konflikte zugleich an Schärfe gewinnen. Auf der anderen Seite werden die Voraussetzungen der demokratischen Bearbeitung dieser Konflikte schleichend abgetragen: In einer gespaltenen Gesellschaft brechen jene Gemeinsamkeiten zusammen, auf deren Basis öffentliche Meinungs- und Willensbildung ausgetragen und gesellschaftlich ausgehalten werden können. Zudem wird die Armutsbevölkerung von den gesellschaftlichen Entscheidungen abgeschnitten, weil sie auf Grund ihrer minderen Einkommen an der öffentlichen Meinungs- und Weiterbildung nicht oder zumindest nicht gleichberechtigt teilnehmen kann. Den ausgegrenzten Bevölkerungsteilen werden also nicht nur Lebenschancen, sondern darüber hinaus auch die in der „normalen“ Gesellschaft üblichen Teilhaberechte verwehrt. In dem Maße

zum thema

aber, wie die Lebenslagen der Bevölkerungsmehrheit durch eine Politik der „inneren Sicherheit“, also durch Kontrolle ausgegrenzter und deshalb auch zunehmend unberechenbarer Bevölkerungsteile gesichert werden müssen, werden schließlich auch die Teilhaberechte und -chancen der wohlhabenden Bevölkerungsteile entwertet. Die zynische Beschränkung der Demokratie auf die Bevölkerungsmehrheit wird deshalb kaum gelingen. Statt dessen droht in Folge der gesellschaftlichen Spaltung, daß die Bundesrepublik an demokratischer Substanz verliert und in ihrer zivilen Entwicklung blockiert wird.

Christen deuten die Zeichen der Zeit

Christen sind in jeder historischen Situation und damit immer wieder neu aufgefordert, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen, also die theologische Bedeutung ihrer jeweils aktuellen Erfahrungen zu erheben. Auch wenn in der Bundesrepublik die Christen nur selten selbst in Armut leben müssen, sondern mit ihren Kirchen mehrheitlich einen Platz in der Wohlstandsgesellschaft einnehmen, werden sie dennoch durch ihren Glauben genötigt, sich auf die Erfahrungen von Armut und Ausgrenzung einzulassen. Der Gott, dessen Heilszusage in den christlichen Traditionen überliefert wird und an den Christen glauben, hat sich nämlich in besonderer Weise den Armen zugesprochen, wofür das lukanische Gleichnis vom armen Lazarus nur ein besonders beredetes Beispiel ist.

Heil den Armen

Die frohe Botschaft des Christentums beinhaltet vor allem die Hoffnung auf das endgültige Heil, das Gott allen Menschen zugesprochen und als Vollendung ihrer Geschichte zugesichert hat. Im Gleichnis vom armen Lazarus wird dieses Heil allerdings im Kontrast zur Armut und sozialen Ausgrenzung in der Geschichte der Menschen ausgesagt. Betrachtet man - wie die Christen und ihre Kirchen dies tun - die biblischen Traditionen als Selbstmitteilung des göttlichen Geheimnisses, dann erscheint soziale Ausgrenzung einerseits als eine Verletzung des universalen Heilswillens Gottes. Andererseits offenbart Gott sein Heil als Erlösung gerade der Armen; Gott macht seine Heilszusage zuvorderst gegenüber denjenigen, die in Situationen des Unheils leben und deshalb sein Heil vor allen anderen bedürfen. Doch das Heil Gottes ist - so wurde einmalig eindeutig im geschichtlichen Ereignis Jesu Christi offenbar - keine Sache allein für das zu kommende „Ende der Geschichte“. Gottes Heil ist den Menschen vielmehr so nahe, das es bereits in der Geschichte wirkmächtig ist und durch das Handeln der Menschen Wirklichkeit werden will und kann. In Folge der Option Gottes sind die Armen aber die ersten geschichtlichen Zeugen von seinem universalen Heil, gleichsam die sensiblen Seismographen der geschichtlichen Gegenwart der Gottes-herrschaft. Entsprechend ist die Solidarität mit den Armen der bevorzugte Ort der Umkehr und der Begegnung mit dem göttlichen Heil. Die Option Gottes für die Armen wird damit zur praktischen Verpflichtung für diejenigen, die an diesen Gott glauben und auf sein Heil hoffen: Durch die Heilszusage Gottes werden die Menschen beauftragt und zugleich befähigt, das göttliche Heil in der Geschichte zu vergegenwärtigen und daher in Solidarität mit den vom jeweils konkreten Unheil Betroffenen, für eine Heilung ihrer geschichtlichen Situation zu wirken.

Armut ist ein politisches Problem

Armut in der Bundesrepublik resultiert - so wurde oben entfaltet - aus gesellschaftlich verhärteten Strukturen der bundesdeutschen Gesellschaft, die durch ihre Verteilung von Reichtum und Arbeit relevante Bevölkerungsteile mit „Brosamen“ abpeist und aus dem gesellschaftlichen Wohlstand ausgrenzt. Obwohl die notwendigen Ressourcen zur Überwindung von Armut ausreichend vorhanden sind, wird Armut mitsamt ihren persönlichen wie auch sozialen Folgen politisch zumindest in Kauf genommen. Angesichts des gesellschaftlich verfügbaren Reichtums und der notwendigen Arbeit ist Armut und die sich in ihrer Folge einstellende gesellschaftliche Ausgrenzung dennoch kein unausweichliches Schicksal, sondern ein politisches Problem, die etablierten Verteilungsstrukturen zu reformieren. Gesellschaftlicher Wille kann also die Spaltung der Menschen in unterschiedliche soziale Räume und Zusammenhänge verhindern bzw. überwinden.

Kirche hat die überhörte Stimme der Armen zu vertreten

Im Kontext christlichen Glaubens kann die bundesdeutsche Situation einer gespaltenen Gesellschaft als „soziale Sünde“, also als eine strukturell verursachte Verletzung des göttlichen Heilswillens gedeutet werden. Zweifelsohne engagieren sich viele Menschen für diejenigen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, organisieren sich - wenngleich seltener - die Betroffenen selbst, um ihre Interessen politisch zu vertreten, suchen Wohlfahrtsverbände den Armen nicht nur zu helfen, sondern auch deren Schicksal gesellschaftlich sichtbar zu machen. Dennoch bleiben die gesellschaftlichen Verfahren und Institutionen in Kraft, die die Armut eine großen Bevölkerungsteils und auch die ihrer Armut folgenden Ausgrenzung verursacht haben. Strukturell wird damit in der Bundesrepublik das Heil Gottes verfehlt, von dem wir als Christen wissen können, daß es Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung erlösen will. Dann aber offenbart sich im politischen Engagement gegen Armut und soziale Ausgrenzung etwas vom göttlichen Heilswillen, ist darüber hinaus Gott in diesem Engagement wirklich gegenwärtig. Zu einem entsprechenden Handeln sind die Christen und ihre Kirchen daher auch herausgefordert, nein: im Namen ihres eigenen Glaubens verpflichtet. Gefordert sind nämlich nicht nur die politischen Institutionen, die bestehenden Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu überprüfen und mit dem Ziel zu reformieren, Armut zu überwinden und den sozial Ausgegrenzten realistische Chancen für den Wiedereinstieg in den gesellschaftlichen Wohlstand zu bieten. Eine solche Reformpolitik wird nur wahrscheinlich, wenn bei der Bevölkerungsmehrheit die dazu notwendigen Bereitschaften zur Solidarität bestehen, die gesellschaftliche Spaltung gemeinsam und nach persönlichem Leistungsvermögen anzugehen und zu überwinden. Solche Bereitschaften lassen sich staatlicherseits nicht erzwingen, sondern können nur aus öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen als freiwillige Übereinkunft aller entstehen. Diesen gesellschaftlichen Prozeß anzuregen und darin die häufig überhörte Stimme der Armen und Ausgegrenzten zu vertreten, ist gegenwärtig eines der vornehmsten Aufgaben der christlichen Kirchen.